



Zukunftsprogramm der FDP- Kempen 2014 - 2020



www.fdp-kempen.de

**Wichtiger als der Staat ist die Gemeinde,
und das Wichtigste in der Gemeinde ist der Bürger!**

**Theodor Heuss
1. Präsident der Bundesrepublik Deutschland**

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

mit dem Programm stellen wir Liberale unsere wesentlichen Absichten für die Politik der nächsten sechs Jahre vor. Dabei orientieren wir uns an den Interessen der Menschen in unserer Heimatstadt mit besonderem Blick auf Generationengerechtigkeit. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ändern sich absehbar grundlegend. Auch Kempen muss sich der Herausforderung stellen und wissenschaftlichen Empfehlungen folgen:

- Demographie-sensible Infrastrukturplanung betreiben, um als Wohn- und Lebensort langfristig attraktiv zu bleiben,
- die Balance zwischen Familie und Beruf professionell ermöglichen, frühzeitig die Basis für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik zu schaffen, auch mit Schwerpunkten im bürgerschaftlichen Engagement,
- die Identität der Einwohner mit dem Standort stärken,
- in Zukunft noch stärker in einen Wettbewerb um junge Menschen und Familien eintreten,
- die Flächenentwicklung durch Stärkung der Innenentwicklung gezielt steuern.

Die FDP will, dass vorhandene Potenziale im Sinne dieser Empfehlungen für eine zukunftsorientierte Politik genutzt werden. Starke Liberale sind Garant für ein starkes Kempen. Bitte kommen Sie zur Wahl! Nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl. Geben Sie uns Ihre Stimme, damit wir unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Homepage www.fdp-kempen.de. Sie erreichen uns per info@fdp-kempen.de. Ein Verzeichnis der Ansprechpartner mit E-Mail-Adressen finden Sie am Ende des Programms.

Ihre FDP Kempen

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Demographischer Wandel	S. 4
Familie	S. 4
Integration	S. 5
Jugend	S. 5
Senioren	S. 6
Gesundheit	S. 7
Sicherheit	S. 7

Stadtentwicklung

Wirtschaft	S. 13
Finanzen	S. 14
Stadtplanung	S. 15
Umwelt u. Energie	S. 15
Verkehr	S. 16

Demokratie

Bürger	S. 7
Bürgernahe Verwaltung	S. 8

Kultur und Freizeit

Kandidatenliste mit E-Mail-Adressen	S. 19/20
---	----------

Bildung

Kindergarten	S. 9
Schulen	S. 10

Impressum

Verantwortlich:
FDP Kempen
Odilo Heitzig, Vorsitzender

Redaktion
Jörg Boves
Odilo Heitzig
Bernd Lommetz
Sven Superat
Dr. Stefan Westernacher
Irene Wistuba

Grundsätzliches

Die **Freiheit des Einzelnen** ist Grund und Ziel liberaler Politik. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben mit allen Chancen auf persönliches Glück und Entfaltung der eigenen Lebensziele ein. Das wesentliche Ziel liberaler Kommunalpolitik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Höchstmaß an Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihres Lebens zu geben.

Wir wollen eine **Politik mit Herz und Verstand**, bei der die Rechte und Freiheiten des Bürgers an erster Stelle stehen. Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von seiner eigenen Arbeit zu leben und nach seiner eigenen Vorstellung glücklich werden zu können - zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft.

Gesellschaft

Demographischer Wandel

Unsere Gesellschaft steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Die Lebenserwartung steigt, die Geburtenzahlen sinken, der Anteil von zugewanderten Menschen erhöht sich. Dieser demographische Wandel betrifft alle Lebensbereiche. Unter anderem

- verändert sich die Nachfrage nach Wohnraum,
- ist die öffentliche Infrastruktur (Straßen, Wasser- und Abwassernetze, Bildungseinrichtungen und Personennahverkehr) auch an sinkende Nutzerzahlen anzupassen,
- ist schon jetzt ein Mangel an Fachkräften spürbar,
- steigen die Pro-Kopf-Kosten staatlicher Leistungen (Folge konstanter Grundkosten bei sinkender Bevölkerung),
- nimmt der Bedarf an Pflegekapazitäten für Betagte und Hochbetagte zu,
- verändert sich das Freizeit- und Konsumverhalten.

Der demographische Wandel fordert eine vorausschauende Politik, aus der sich Chancen für neue Lebensqualität ergeben.

Errichtung von Mehrgenerationenspielanlagen im East-Cambridgeshire-Park

Wir wollen ein Gesamtkonzept für den East-Cambridgeshire-Park. Dort sollen Spielanlagen für Kinder, Jugendliche und Senioren eingebaut werden, wie sie in anderen Ländern bereits üblich sind. Das wäre eine echte Bereicherung für den East-Cambridgeshire-Park.

Familie hat Zukunft

Familien haben sich gewandelt, die Bedeutung ist weiterhin groß. Die Rahmenbedingungen müssen allerdings verbessert werden. Wir brauchen kinder- und familienfreundlichere Perspektiven, denn Erziehung und Bildung finden primär in den Familien statt. Wesentlich dabei sind partnerschaftliches Mitdenken, Mithandeln und Mittragen für die Zusammenarbeit zwischen den Familien, Kindergärten sowie Schulen. Kempen hat beispielhafte Kindergärten und Tagesstätten. Die bedarfsorientierte Versorgung der Kinder auch über sechs Jahre ist noch weiter auszubauen, um u. a. Familie und Beruf in Einklang zu bringen und Kempen im regionalen Wettbewerb zu stärken.

Die FDP fordert daher im Sinne familienfreundlicher Angebote

- den weiteren Ausbau der Betreuung von 2- bis 3-jährigen Kindern und Schülern, um Familien am Ort zu halten oder zu gewinnen,

- die Ausweitung der Nachmittagsbetreuung bei den Tageseinrichtungen wie auch der schulischen Ganztagsangebote. Es ist sicher zu stellen, dass jedes Kind einen Ganztagsplatz erhält,
- die Gruppenstärke in den Kindergärten und Ganztagschulen nicht zu erhöhen, um die Bildungsqualität zu sichern und nach Möglichkeit zu stärken und
- die Integration von Beratungsdiensten in Absprache zwischen Eltern und Einrichtung.

Integration

Die demographische Entwicklung zeigt, dass Deutschland qualifizierte Einwanderung braucht. Ausländische Mitbürger müssen deshalb besser als bisher in die Gesellschaft integriert werden. Diese Aufgabe beginnt schon bei den Kindern. Sie sollten so früh wie möglich die deutsche Sprache erlernen. Es wird zu wenig in deren Bildung investiert; auch von den Zuwanderern selbst: Viele streben eher eine Einkommens- als eine Bildungskarriere an. Als Folge gibt es nur wenige Ausländer mit hohen Qualifikationen. Kommunen mit guten Integrationswerten können positive Beispiele für die Einbürgerung von Migranten in Kempen geben.

Jugend

Begegnungszentren

Für die FDP sind Jugendeinrichtungen zur Freizeitgestaltung und für außerschulische Bildung unverzichtbar. Die FDP unterstützt daher in allen Ortsteilen die Jugend- und Begegnungszentren, wie das „Campus“ in Kempen, die Jugendberatungsstelle am Concordienplatz 7, das „Calimero“ in St. Hubert und das „Mounty“ in Tönisberg. Wir sind dankbar für das jugendpädagogische Engagement der beiden christlichen Kirchen, der Caritas sowie der Arbeiterwohlfahrt.

Kinder- und Jugendschutz

Die Debatte um Gewaltvideos auf Handys zeigt, dass der rasante technische Fortschritt immer wieder neue Lücken im Jugendschutz mit sich bringt. Absoluter Kinderschutz wird zwar unmöglich sein, aber wir müssen alles unternehmen, wirksame Schutzmechanismen weiter zu entwickeln. Gewalt darf bei Kindern und Jugendlichen keine Chance haben. Ein Bündel von Maßnahmen muss die Arbeit einzelner Akteure wie Kommunen, Schulen, Jugendhilfe oder Polizei künftig stärker vernetzen. Erfolgreich arbeitende Projekte sollen ausgeweitet werden.

Beim Thema "Flatrate -Trinken" muss Prävention an erster Stelle stehen. Nur durch Prävention und Aufklärung lässt sich das Verhalten von Jugendlichen positiv beeinflussen. Die FDP sieht Eltern, Schule, Vereine und Unternehmen beim verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol in der Pflicht. Letztlich müssen Jugendliche lernen, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Jugendschutz muss konsequent eingehalten werden. Die Verwaltung muss das Verbot, Alkohol an Jugendliche abzugeben, stärker kontrollieren.

Darüber hinaus wird unsere Gesellschaft zunehmend geprägt durch den Einsatz moderner Informationstechnologien und elektronischer Datenkommunikation. Dabei bieten sich durch die immer stärkere Durchdringung des Alltags und der damit einhergehenden Preisgabe von Informationen im Internet zunehmend Gelegenheiten für den Missbrauch von Informationen, insbesondere von Fotos und Videos. Insbesondere Kindern und Jugendlichen ist der Umfang von derartigen Missbräuchen nicht bewusst und sie kennen auch nicht die Möglichkeiten, sich davor zu schützen. Qualifizierte Vorhaben insbesondere in den Schulen sollen sensibilisieren, aufklären und vor den Gefahren im Internet schützen.

Jugend und Politik

Die Kinder und Jugendlichen von heute werden morgen unsere Welt gestalten. Ihnen zu helfen selbstkompetente, verantwortungsbewusste Erwachsene zu werden, ist insbesondere auch Aufgabe der kommunalen Politik. Sie sind aber auch diejenigen, die die Konsequenzen der heutigen Entscheidungen hinnehmen müssen.

Die FDP fordert die jungen Leute auf, ihre eigenen Wege zu suchen, zu gehen und deutlich zu machen. Scheut euch nicht, Althergebrachtes zu hinterfragen und zu verändern.

Die FDP fordert aber auch von Politik und Verwaltung,

- neue Ideen der Jugendlichen vorurteilsfrei zu betrachten,
- ihnen offen im Gespräch zu begegnen,
- sie soweit als möglich in politische Entscheidungen einzubinden und
- notwendige Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Wir lehnen die Einführung eines Jugendrates ab, den andere Parteien fordern.

Ein Jugendrat wäre nur eine weitere Bürokratiehürde, seine Beschlüsse sind nicht bindend und können somit kaum etwas bewirken. Junge Leute engagieren sich bei uns direkt, sie werden bei uns selbstverständlich in die Sacharbeit eingebunden und viele junge Leute sind für uns als sachkundige Bürger in den Ausschüssen des Rates tätig.

Jugendhilfe: Unbegleitete Jugendliche

Ein großes Problem im Bereich der Jugendhilfe war in den letzten Jahren, dass durch die Ansiedlung der Bundespolizei in Kempen das Kempener Jugendamt die Zuständigkeit für die ausländischen Jugendlichen übernehmen muss, die die Polizei aufgreift. Das Gebiet ist dabei nicht auf Kempen beschränkt, sondern umfasst von der holländischen Grenze angefangen einen 30-km-Radius um Kempen sowie die Autobahnen 40, 52 und 61, den Flughafen und die Bundesbahn. Die personelle Ausstattung des Jugendamtes ist für so eine Aufgabe nicht ausgelegt, deshalb ist dringend die Hilfe von Seiten des Bundes oder Landes erforderlich. Die Gespräche mit den verschiedenen Ebenen zu diesem Thema laufen schon seit Monaten, allerdings sind wir sicher, dass dieses Thema nicht so schnell geklärt werden kann und uns auch noch in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen wird.

Senioren

Bedingt durch die demographische Entwicklung werden in der Stadt Kempen immer mehr ältere Menschen leben. Politik und Verwaltung haben die Verpflichtung, ihre Arbeit auch auf die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren auszurichten. Die FDP will, dass ältere Menschen ihr Leben so lange wie möglich in gewohnter Umgebung gestalten können.

Derzeit ist der Ausbau seniorengerechter Wohnungen immer noch nicht ausreichend. Kommunale Altenplanung hat die Senioren stärker in den Blick zu nehmen: U. a. bei Bau- und Verkehrsplanungen, Schaffen von Bildungsangeboten sowie die Gesundheitseinrichtungen und die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements wie es z. B. bei der Freiwilligenagentur Kempen in vorbildlicher Weise geschieht. Die FDP greift deshalb Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung auf und prüft die Umsetzbarkeit in der Stadt Kempen:

Gesellschaft

- Stärkung des Ehrenamts und der Seniorenarbeit
- Kommunale Bildungskonferenzen, um Bildungsangebote zu koordinieren, Akteure zu vernetzen
- Wohnortnahe Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und einem verstärkten Seniorenmarketing z. B. im Bereich von Wohnen und Immobilien, Wellness, Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie Freizeit, Tourismus und neue Medien. Hier ist u. a. die Wirtschaftsförderung der Stadt Kempen gefordert!

Wohnen

- Breiteres Spektrum an alternativen Wohnangeboten und ein verbessertes Umfeld, aus denen ältere Menschen eigenverantwortlich wählen können. Das schließt altengerechtes Wohnen, betreutes Wohnen und notwendige Pflegeplätze mit ein.
- Ausstattung einzelner Wohnquartiere mit Pflegewohngruppen, betreuten Wohnanlagen oder Mehrgenerationenhäusern, auch um soziale Verwurzelung zu stärken oder zu erreichen.
- Bessere Information und Beratung älterer Bürger

Pflege

- Ausbau von Wohn- und Pflegeberatung
- Unterstützung privater Pflegepersonen
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege
- ausreichend stationäre Pflegeplätze in jedem Ortsteil

Mit diesen Maßnahmen wird die Lebensqualität älterer Menschen verbessert und zudem werden Arbeitsplätze geschaffen.

Gesundheit

Krankenhaus

Das Hospital zum Heiligen Geist stellt eine leistungsfähige und ortsnahe Gesundheitsversorgung der Menschen in Kempen dar. Eine Notfallversorgung steht rund um die Uhr für alle Bürger in Kempen zur Verfügung. Zugleich muss auch die zukünftige und ausreichende Hausarztversorgung in Kempen gesichert werden. Dafür setzt sich die FDP ein.

Sicherheit

Kriminalitätsbekämpfung

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit der Entfaltung und konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität oder Belästigung sowie adäquate Hilfe im Notfall. Organisatorische Veränderungen bei der örtlichen Polizei dürfen nicht zur Verminderung der inneren Sicherheit führen. Die Präsenz der Polizei ist eine präventive Maßnahme und als solche unverzichtbar. Die FDP fordert die Bürgerinnen und Bürger zugleich zu mehr Zivilcourage auf.

Demokratie

Bürger

Die Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt aller politischen Überlegungen für die FDP. Gemeinsam mit ihnen die Zukunft zu gestalten, ist der Maßstab, an dem die Kempener Liberalen ihre kommunalpolitischen Aktivitäten messen. Kommunalpolitik muss Freiräume eröffnen und Rahmenbedingungen schaffen, in denen Bürgerinnen und Bürger sowie die Stadt in gleicher Weise an einer positiven Entwicklung teilhaben. Dazu muss die politische Willensbildung auf allen Ebenen durchschaubarer sein, müssen die Gestaltungsmöglichkeiten stärker als bisher verdeutlicht werden. Die FDP-Fraktion tagt öffentlich und nicht geheim wie andere Fraktionen. Jede Bürgerin, jeder Bürger kann an den FDP-Fraktionssitzungen teilnehmen.

Recht auf Informationen

Die FDP fordert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft frühzeitiger und transparenter über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen wichtiger Planungen und Vorhaben informiert werden. Und zwar bei allen Vorhaben, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl von uns allen berühren. Etwa bei Verkehrsplanungen, Straßenbau- und Kanalisationsarbeiten, Planungen von Bau-, Gewerbe- und Industriegebieten, Freizeiteinrichtungen, Neuordnung von Stadtkernen oder von öffentlichen Einrichtungen sowie Gebührenentwicklungen.

Obwohl es nicht rechtlich begründbar ist, werden aufgrund der Entscheidung des Bürgermeisters manche Themen nicht öffentlich beraten. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht ausreichend informiert und haben zu geringe Mitwirkungsmöglichkeiten.

Ehrenamtliches Engagement

Insbesondere der demographische Wandel erfordert, dass gesellschaftliche Aufgaben verstärkt ehrenamtlich übernommen werden. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist sie wesentlich! Ehrenamtliche Arbeit hat schon heute einen hohen Stellenwert. Soziales Handeln ist keine altersspezifische Angelegenheit. Alle Altersgruppen sind angesprochen. Besondere Möglichkeiten haben allerdings die Menschen, die beruflich nicht aktiv sind. Sie können aufgrund ihrer Erfahrungen, mit ihren Neigungen wichtige Aufgaben erfüllen und wertvolle Bindeglieder sein.

Freiwillige Feuerwehr, Sportvereine, Schützenvereine, Straßengemeinschaften, Bürgerinitiativen, Kunstvereine, Heimatvereine sowie die Senioren Initiative sind für die FDP hervorragende Beispiele und Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. Sie zu fördern und zu unterstützen, ist eine wesentliche Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Ehrenamtler sollen ausgezeichnet werden: Die Stadt Kempen soll an der Landesinitiative „Ehrensache“ teilnehmen und die NRW-Ehrenamtskarte einführen.

Bürgernahe Verwaltung

Wir Liberale stehen für eine transparente und bürgernahe Verwaltung ein. Die Wahrnehmung der Aufgaben vor Ort ist nicht nur, aber besonders für Menschen mit Behinderungen, Senioren oder Migranten von Bedeutung. Die **Servicestellen** in St. Hubert und Kempen müssen unbedingt erhalten bleiben, und die Öffnungszeiten müssen bedarfsgerecht sein.

Wir fordern einen **standardisierten Beurteilungsbogen** für die Stadtverwaltung in Kempen, der automatisch nach jeder abgeschlossenen Bearbeitung an den Kunden ausgegeben wird und dieser den Bogen freiwillig und anonym ausfüllen kann. Dies kann dazu beitragen, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu erzielen.

Die Stadt Kempen soll sich der "**Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung e. V.**" anschließen! Dazu gehören etwa die Vorgabe von festen Fristen und Zielwerten bei der Zahlung von Rechnungen (nach 15 Arbeitstagen), Bearbeitungs- und Informationsfristen bei Eingaben und Beschwerden (nach drei Arbeitstagen). Es stellt klare Anforderungen bei Anfragen oder Anträgen von Unternehmen, wie beispielsweise bei einem Bauantrag: Rückruf nach einem Arbeitstag, Eingangsbestätigung unter Nennung eines zuständigen Ansprechpartners nach drei Arbeitstagen und Entscheidung über gewerbliche Bauvorhaben nach 40 Arbeitstagen. Gefordert wird aber auch die Schaffung von Verwaltungswegweisern und Lotsen für Existenzgründer. Es erfolgt alle zwei Jahre eine Zertifizierung anhand der Gütekriterien, die jeweils um eine Kundenzufriedenheitsanalyse aus der Sicht der mittelständischen Unternehmen zu ergänzen ist.

Wir brauchen dringend eine **Willkommenskultur** für Unternehmensgründer in Kempen!

Schlanke Verwaltung

Ein externer Experte soll Vorschläge zur Modernisierung und Umstrukturierung der Stadtverwaltung erarbeiten mit dem Ziel von mehr Bürgernähe und effizienteren Verfahrensabläufen bei gleichzeitiger Einsparung von Kosten durch neue Steuerungsmodelle.

Mit den Konzepten und Strukturen von heute können wir morgen nicht mehr bestehen. Angesichts einer immer bedrohlicheren finanziellen Situation der Kommunen müssen wir

jetzt unverzüglich Antworten darauf finden, wie wir bei gleichbleibender Qualität des Verwaltungshandelns gleichzeitig Kosten einsparen können. Weiteres Ziel muss sein, die Verwaltungsabläufe für den Kunden (die Bürgerinnen und Bürger) transparenter und einfacher zu machen („mehr Bürgernähe“). Nach unserer Ansicht ist dabei von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Eine Modernisierung und Umstrukturierung der Verwaltung ist nur möglich, wenn dies alle Beteiligten (Mitarbeiter, Personalrat und Politiker) gemeinsam wollen.
- Rigorose „Aufgabenkritik“: Welche Aufgaben soll oder muss die Verwaltung selbst wahrnehmen?
- Welche Aufgaben und Leistungen können privatisiert bzw. an Dritte vergeben oder ehrenamtlich erledigt werden?
- Welche Aufgaben und Leistungen können oder müssen ganz wegfallen?
- Können Ämter/Amtsbereiche reduziert bzw. zusammengelegt werden und/oder Zusammenfassung in neu zu bildenden Geschäftsbereichen (Fachbereichen)?
- Gleichzeitig und als notwendige Folge davon neue Strukturierung der politischen Gremien (u. a. Fachausschüsse) und Konzentrierung der politischen Vorgaben auf die grundlegenden Fragen und politischen Zielsetzungen.
- Einsatz von externen Beratern dann, wenn dies auch für die Verwaltung effizienter und kostengünstiger ist.
- Überprüfung der Leistungsstandards („Geht es auch preiswerter?“) und Durchforstung der Leistungskataloge und Zuschüsse auf zwingende Notwendigkeit.
- Grundsätzlich Folgekostenberechnungen bei allen Investitionen.
- Prüfung von Kooperationen mit anderen Städten und Gemeinden!

Bildung

Kindergarten

Bildung von Anfang an

Bildung von Anfang an darf kein Schlagwort bleiben! Die Lebenssituation von Familien verändert sich stetig: Dies erfordert kreative Lösungen für Menschen und Gebäude. Nach der Einrichtung von Bildungszentren fordert die FDP Kempen

- eine intensivere Fortbildung der Erzieherinnen, um mit kindgerechten, vorschulischen Maßnahmen individuelle Förderung zu erzielen,
- eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen, um Übergänge zu erleichtern und um bei Problemfällen schneller angemessen reagieren zu können,
- eine zufriedenstellende Anzahl von Kindergartenplätzen in allen Stadtteilen; abgelehnte Anträge darf es nicht geben,
- keine Erhöhung der Kinderzahl pro Gruppe, um die Qualität der Förderung zu sichern.

Sprachförderung

Die FDP setzt einen klaren Schwerpunkt bei der Verbesserung der Bildungschancen der kommenden Generationen und dem Abbau von Benachteiligungen in der Gesellschaft. Die Stadt Kempen muss alle Maßnahmen ergreifen, diesen Prozess zu unterstützen. Nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen haben Schülerinnen und Schüler die Chance, dem Unterricht zu folgen und sich für weiterführende Schulen zu qualifizieren.

Kinderbildungsgesetz

Das Kinderbildungsgesetz bringt eine Vielzahl positiver Veränderungen mit sich, wie u. a.:

- Die Sprachförderung wird Regelaufgabe.
- Der Sprachtest für Vierjährige prüft, welche Kinder eine Sprachförderung benötigen.
- Kinder mit und ohne Behinderung sollen nach Möglichkeit gemeinsam gefördert werden.
- Die Zusammenarbeit mit der Schule wird intensiviert.
- Die Bildungsarbeit erfolgt durch einrichtungsspezifische Konzepte.
- Kinder werden an der Alltagsgestaltung altersgemäß beteiligt.

Es darf allerdings nicht statisch festgeschrieben sein, sondern ist immer wieder an die sich ändernden Bedürfnisse der Kinder, Eltern und Erzieherinnen anzupassen. Die FDP fordert die stufenweise Abschaffung der Elternbeiträge. Bis dieser Stand erreicht ist, müssen sie sozial gestaffelt bleiben.

Schule

Investitionen in Bildung - finanziell wie ideell - sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und müssen deshalb Vorrang vor allem anderen haben. Chancengleichheit und Förderung der Fähigkeiten des Einzelnen unter weitgehender Einbeziehung der Familien sind Ziele liberaler Schulpolitik. Um die Attraktivität des Standortes zu stärken, sind besondere Bildungsangebote verstärkt zur Verfügung zu stellen.

Individuelle Förderung

Die individuelle Förderung unserer Kinder und Jugendlichen hat einen enormen Stellenwert. Erfolgreiche Bildungspolitik ist ein Resultat einer ehrlichen Bestandsanalyse und der Umsetzung durchdachter Reformen, in deren Zentrum das Kind steht. Seine Bedürfnisse, seine Lebensfreude, sein Recht auf geistige und emotionale Entwicklung sind ausschlaggebend! Dies schließt unabdingbar die individuelle Förderung von Hochbegabten wie auch Schülerinnen und Schüler mit Defiziten oder mit besonderen Neigungen ein (z. B. Sport, Musik, Kunst) ein.

Die FDP drängt darauf, dass Kempen alle Maßnahmen ergreift, diese Prozesse weiter zu führen. Die Herausforderungen an die Wissensgesellschaft wachsen. Um diesen Stand zu halten und sie zu bewältigen, ist Kempen mit seinem großen Wirtschaftspotenzial ganz besonders gefordert. Die FDP wird alles dafür tun, dass Talente in unserer Stadt erkannt und gefördert werden, und zwar ideell wie finanziell.

Inklusion

Gemeinsamer Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder gehört bereits zum Bestandteil der Kempener Schullandschaft. Wir sind gefordert, optimale Voraussetzungen für eine gemeinsame Bildung aller Kinder in Kempen zu schaffen. Die FDP unterstützt die Wahlfreiheit der Eltern für eine ortsnahe und gemeinsame Bildungsmöglichkeit behinderter Kinder mit nicht behinderten Kindern.

Ganztagsschule

Die FDP begrüßt und unterstützt den zügigen Ausbau des gebundenen Ganztagsbetriebes an den Kempener Schulen. Erst dieser Ausbau ermöglicht die gezielte individuelle Förderung. Für die FDP ist die Finanzierung der Ganztagschule ein besonderer Schwerpunkt, um die fairen Bildungschancen aller Kinder zu erhöhen. Mit dem flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen ist ein zentraler Baustein gelegt, dass schulischer Erfolg nicht mehr länger durch soziale Herkunft vorherbestimmt, sondern durch die Förderung der individuellen Leistungskraft geprägt wird. Die Landesregierung darf aber Ganztagschule nicht als Privileg für Gesamtschulen sehen. Die FDP unterstützt freie Schulträger als wichtige Ergänzung zum staatlichen Schulsystem.

Grundschulen

So wie die richtungsweisenden Entscheidungen über die Zukunft der weiterführenden Schulen in Kempen also schon in der jetzt auslaufenden Legislaturperiode getroffen wurden, gab es auch im Bereich des Grundschulzentrums Nord eine einschneidende Maßnahme. Die Fröbelschule hatte nicht die notwendige Anzahl an Anmeldungen, um weiter fortbestehen zu können.

Nach Gesprächen mit den Elternräten der Fröbel- und Lindgren-Schule sowie mit einzelnen betroffenen Eltern war unser Standpunkt, dass wir für den Erhalt der Lindgren-Schule eintreten, aber gleichzeitig auch eine „Öffnung“ derselben wollen. Das bedeutet, dass die Lindgren-Schule offen sein soll für einen Austausch mit der Fröbelschule, damit möglichst viele Angebote der Fröbelschule auch nach deren Schließung erhalten werden können. Da die Rektorin der Lindgren-Schule dieses schon von sich aus vorschlug und man in der Statistik der Konfessionszugehörigkeit der Lindgren-Schülerschaft auch keine „Überkatholisierung“ feststellen kann - *über 40% der Lindgren-Schüler sind nicht-katholisch* – sind wir auch in der Nachbetrachtung der Ansicht, dass es die richtige Entscheidung war, die Lindgren-Schule zu erhalten!

Gesamtschule

Wir als FDP-Fraktion haben konstruktiv mitgearbeitet an der Entwicklung der Schullandschaft. Die Hauptschule hatte jederzeit unsere volle Unterstützung und sie konnte sich auch trotz der leider vorherrschenden schlechten Meinung über die Hauptschulen insgesamt länger halten als die meisten anderen Hauptschulen in der Region oder auch in ganz NRW. Auch die überaus gut funktionierende Realschule hat unsere volle Unterstützung. Die Umfrage, die die Stadtverwaltung bei den entsprechenden Eltern durchgeführt hat, hatte als Ergebnis die Schaffung einer Gesamtschule zum Ergebnis. Dies bedeutete, dass wir uns einem Umbruch in der Kempener Schullandschaft nicht verschließen konnten. Wir werden mit dafür Sorge tragen, dass die überaus guten Projekte und Inhalte sowohl der bisherigen Martinschule als auch der Erich Kästner Realschule in die neue Gesamtschule übernommen werden und dort als Kempener Standard weitergeführt werden.

Gymnasien

Wir setzen uns für den Erhalt der beiden Kempener Gymnasien ein, die hervorragende Arbeit leisten und die Kinder und Jugendlichen vorbildlich auf eine berufliche Ausbildung oder ein Studium vorbereiten.

Förderschule

Auch die Johannes-Hubertus-Schule (St. Hubert) war in der jetzt auslaufenden Legislaturperiode einigen Änderungen unterworfen. Der seit einigen Jahren langsam beginnende Inklusionsprozess sorgt dafür, dass zunehmend mehr Schüler mit Förderbedarf in Regelschulen unterrichtet werden. Für die Schüler, bei denen diese Integration gelingt, ist das natürlich eine erfreuliche Sache. Für die Förderschulen selbst und damit auch für die Schüler, die die Förder-schule zumindest als Starthilfe brauchen, hat dieser Prozess allerdings auch negative Folgen, sofern nicht gegengesteuert wird. Die Elternvertreter selbst haben in der Expertenanhörung deutlich gemacht, dass die Förderschulen ein wichtiger Bestandteil der Schullandschaft sind und erhalten werden müssen.

Die Schüleranzahl an der Johannes-Hubertus-Schule ist schon seit einigen Jahren unter der, die als Mindestgröße für Förderschulen vorgeschrieben ist. Bis 2012 galt eine Ausnahmegenehmigung, die den Erhalt der Johannes-Hubertus-Schule gesichert hat, danach musste eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Willich geschlossen werden, die die Johannes-Hubertus-Schule zu einem Teilstandort der Willicher Pestalozzi-Schule werden ließ. Damals nahmen wir an, dass diese Vereinbarung die Johannes-Hubertus-Schule zumindest für ein paar Jahre absichern wird, allerdings erteilte die Bezirksregierung nur eine Genehmigung für ein Jahr, so dass wir Ende 2013 wieder vor der Frage standen, wie es weitergeht mit der Förderschule. Auf unsere Anfrage hin wurde das Thema auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt und erfreulicherweise arbeitet die Verwaltung bereits mit dem Kreis zusammen um die Förderschulen im Kreis und somit auch die Johannes-Hubertus-Schule in St. Hubert in ihrem Bestand zu erhalten.

Für die Zukunft bedeutet dies: Auch wenn die Johannes-Hubertus-Schule sich schon seit etwas mehr als einem Jahr nicht mehr in der Trägerschaft der Stadt Kempen befindet, so werden wir

auch weiterhin hier und im Kreis dafür kämpfen, dass Förderschulen erhalten bleiben. Es sind die betroffenen Eltern, die sich den Erhalt wünschen. Diese Eltern und ihre Kinder legen auch heute schon Schulwege zurück, die wir „Regelschul-Eltern und -Kindern“ nicht zumuten würden. Während wir bei Regelschülern schon Nord-Süd-Wanderungen oder Ähnliches als kritisch ansehen oder für unzumutbar halten, müssen Eltern von Kindern mit Förderbedarf heute schon froh sein, wenn sie in ihrer eigenen Stadt oder einer direkten Nachbarstadt überhaupt eine Schule haben, auf der ihr Kind gut aufgehoben ist und genau deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass das Förderschulnetz noch weiter ausgedünnt wird!

Schulsozialarbeiter

Die Schulsozialarbeiterstellen, die durch die Anschubfinanzierung des Bundes entstanden, sind sehr wichtig. Ohne Schulsozialarbeit kann es aus unserer Sicht keine Chancengerechtigkeit in der Bildung geben, deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass diese nach Ende der Anschubfinanzierung (in Kempen ist das im Jahr 2015) nicht einfach auslaufen, sondern dass wir sie mit Hilfe des Landes oder notfalls auch durch eigene Mittel fortschreiben.

Sportstättenentwicklungsplanung

Wir unterstützen die Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplanes für Kempen.

Stadtentwicklung

Wirtschaft

Pflege des Standortes Kempen

Für Kempen ist eine gesunde Wirtschaft unabdingbare Grundlage. Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sind zentral für die Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie sind zugleich Voraussetzung für die gebotene soziale Absicherung vieler Menschen. Wirtschaftsförderung spielt nicht allein wegen der Konkurrenzsituation der Städte und Kreise eine wesentliche Rolle. Sie muss - neben einer verstärkten Bestandspflege - preisgünstige Gewerbeflächen zur Verfügung stellen, den Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie bewirken, aber auch die "weichen" Standortfaktoren wie Bildung, Freizeit und Kultur im Blick haben.

Die Rahmenrichtlinien der Wirtschaftspolitik der Stadt sind grundsätzlich im Rat der Stadt zu beraten und zu beschließen. Unnötige Vorgaben und Auflagen der Verwaltung - z. B. bei Bauvorhaben – müssen ausgeschlossen werden.

Die FDP setzt sich u. a. dafür ein, die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben und die Erweiterungsabsichten ortsansässiger Gewerbebetriebe durch vorausschauende Gestaltung baurechtlicher Entwicklungen zu fördern. Die Ortskerne benötigen ausreichend kostenfreie Parkplätze, um die Attraktivität als Einkaufsstadt zu steigern. Gewerbesteuersätze dürfen nicht erhöht werden. Diese Steuer ist konjunkturabhängig und verzerrt den Wettbewerb.

Gewerbe- und Industriegebiete

Die Ansiedlung von mittelständischen und umweltfreundlichen Unternehmen in den Gewerbe- und Industriegebieten ist für die FDP besonders wichtig; und zwar im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze und einer besseren Wirtschaftsstruktur. Ökonomisch wie ökologisch ist ein großes Industrie- und Gewerbegebiet besser als mehrere kleine. Gleichwohl sind bereits bestehende Gewerbegebiete in Kempen, St. Hubert und Tönisberg den heutigen Anforderungen anzupassen. Insbesondere in Tönisberg brauchen wir zusätzliche Ausweisung von Wohnbebauungs- und Gewerbegrundstücken. Gerade für kleine, junge und mittelständische Unternehmen bieten sich hier Ansiedlungschancen. Die FDP wird verstärkt mit darauf achten, dass ein guter Branchenmix von Unternehmen angesiedelt wird, um möglichst geringe konjunkturelle Schwankungen zu erreichen. Dennoch darf nicht jede freie Fläche zugestraftet werden. Wir müssen unsere guten Ackerböden

erhalten und dürfen nicht unwiederbringlich um jeden Preis erweitern, sondern das muss mit Augenmaß abgewogen werden.

Die FDP hat sich maßgeblich dafür eingesetzt, einen alternativen Standort für einen **Lebensmittel Einzelhandel in Tönisberg** zu finden. Wir freuen uns, dass ein Tönisberger Investor bald einen solchen Markt in Tönisberg eröffnet!

Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

Nach wie vor gilt bei uns noch "Privat vor Staat" soweit die wirtschaftliche Aufgabenerledigung sichergestellt ist. Die öffentliche Hand soll sich nur wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert und Private die Dienstleistung nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen können. Bestehende unternehmerische Aktivitäten sind kritisch auf Zulässigkeit und Übereinstimmung mit heutigem Recht zu überprüfen. Sie werden vor unfairer Konkurrenz kommunaler Wirtschaftsbetriebe geschützt. Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie Wasser-, Abwasser- und Energieversorgungsnetze müssen allerdings in kommunalem Bestand bleiben.

Finanzen

Sparsame Haushaltsführung

Steuereinnahmen und Zahlungen an Sozialsysteme werden Demographie bedingt sinken, die Herausforderungen jedoch wachsen. Wichtige Aufgaben lassen sich wegen dieser Veränderung nur schwer lösen. Es wird an Geld für Bildung und Familienförderung, für Integration und für die Versorgung alter Menschen fehlen. Je schneller Verschuldung abgebaut wird, desto eher befreit sich die Stadt aus der Spirale wachsender Kosten und stagnierender Einnahmen. Eine sparsame, wohlüberlegte Haushaltsführung ist oberstes Gebot jeder Gemeinde. Die herausragende Aufgabe besteht darin, keine weiteren Schulden aufzunehmen.

Die FDP achtet darauf, dass Bürger nicht unnötig zur Kasse gebeten werden. Bei neuen Projekten sind immer jeweils die Folgekosten konkret zu berechnen und einzuplanen.

Die FDP will vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist, sondern was finanziert werden kann. Wir Bürger haben Anspruch auf einen sparsamen, durchdachten Gebrauch unserer Steuergelder. Wir werden verstärkt auf eine "schlanke Verwaltung" und auf die Entwicklung der Personal- und Sachkosten der Verwaltung achten.

Trotz brummender Konjunktur sieht der städtische Haushalt bis 2018 praktisch keinen Abbau der Verschuldung vor. Die Zinslast wird höchstens durch die momentane Niedrigzinsphase und Umschuldung verringert, aber nicht prinzipiell gesenkt. Von einer Tilgung der Altschulden und einem ausgeglichenen Haushalt ist noch nicht wirklich etwas zu erkennen. Dadurch werden unseren Kempener Kindern Zukunftschancen und Gestaltungsspielräume genommen. Es muss eine Organisationsanalyse der Stadtverwaltung geben und die aufgezeigten Chancen zur Verbesserung müssen konsequent umgesetzt werden.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet, nicht mehr auszugeben als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlichen Denkens, dem alle vernünftigen Menschen auch in ihren privaten Angelegenheiten folgen. Das ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen.

Wir wollen für Kempen eine sogenannte **Schuldenbremse!**

Unsere **vorrangigen Ziele** beim Haushalt:

- Vermeidung der Haushaltssicherung
- Schuldenabbau
- Erhaltung der Liquidität

Sparen, um Chancen zu schaffen!

Wir sanieren Haushalte durch Sparen, also durch weniger Ausgaben. Wir erhöhen Einnahmen durch wirtschaftsfreundliche Politik, die Arbeitsplätze schafft, und setzen nicht auf Steuer- oder Abgabenerhöhungen. Gleichzeitig senken wir so unsere Sozialausgaben. Und wo es mehr Arbeitsplätze gibt, dort sprudeln auch höhere Steuereinnahmen. Unsere Kommunen sind durch Überschuldung bedroht. Die Schuldenberge sind so hoch, dass es vielen Kommunen das finanzielle Genick brechen wird, wenn die Zinsen für ihre Kredite auch nur geringfügig steigen. Hauptursache für diese bedrohlichen Schuldenberge ist, dass Bund und Land den Kommunen Pflichtaufgaben übertragen haben, ohne sie mit dem dafür notwendigen Geld zu versorgen. Allerdings wird auch in vielen Kommunen von Politikern leichtfertig zu viel Geld ausgegeben - Geld, das sie nicht haben und das ihnen nicht gehört, das Geld unserer Kinder und Enkel. Liberale Kommunalpolitik ist daher vor allem auch Entschuldungspolitik. Wir können vor Ort nicht alles verwirklichen, was wünschenswert ist, sondern nur das, was wirklich notwendig ist. Wir müssen die nicht investiven kommunalen Ausgaben deutlich zurückfahren, um in Zukunft noch investive Ausgaben tätigen zu können. Daher setzen wir Prioritäten:

Vorrang hat, was Bildung und Arbeit schafft!

Stadtplanung

Demographischer Wandel/Infrastruktur

Bislang war die Stadtplanung darauf ausgerichtet, neue Wohn- und Gewerbeflächen auszuweisen sowie Infrastruktureinrichtungen auszubauen. Es bestand kaum Problemdruck aufgrund demographischer Veränderungen. Vorausschauende Strategien sind erforderlich. Ortskerne sind nicht nur zu erhalten, sondern attraktiver zu gestalten. Vor diesem Hintergrund müssen wir in allen Stadtteilen die Quartiersentwicklung im Blick haben, dies geschieht durch eine erste Aufarbeitung für das Hagelkreuz.

Es fehlen attraktive und bezahlbare Wohnungen für Alt und Jung. Zentrumsnahe Wohnungen für ältere Menschen mit kurzen Versorgungswegen sind ebenso notwendig. **Stadtentwicklung ist auf alle Generationen auszurichten, um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern;** u. a auch durch Schaffung neuer Grün- und Erholungsflächen und durch bessere Kooperation mit den Sportvereinen, um die Sportanlagen optimal gesundheitsförderlich nutzen zu können.

Die Alterung der Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Kommune. Infrastrukturplanung ist bereits jetzt an die kommenden Herausforderungen anzupassen. Flexible und langfristig bedarfsgerechte Infrastrukturen sind erforderlich unter Einbeziehung sozialer und seniorengerechter Aspekte sowie unter Berücksichtigung sich ändernder Wohnformen. Kindergärten könnten z. B. so angelegt werden, dass sie später für andere öffentliche Belange nutzbar sind. Das impliziert, dass Bebauungspläne sich vorrangig an der Lebensqualität der Menschen ausrichten und nicht nach finanziellen Vorstellungen der Verwaltung.

Erschließungsmaßnahmen

Bewohner in den Neubaugebieten müssen sich darauf verlassen können, dass Erschließungsmaßnahmen so zügig wie möglich fertig gestellt werden. Die FDP kritisiert die häufig auftretenden Verzögerungen. Die FDP fordert, dass solche Arbeiten schneller zu Ende geführt werden.

Die FDP will Rahmenbedingungen schaffen, die Ortsteile zu beleben und einer drohenden Verödung entgegenzuwirken. Die Liberalen geben den Bürgern, Geschäftsbetreibern und Eigentümern ein Stadtmarketing-Werkzeug an die Hand, um dauerhaft die Stadtzentren aufzuwerten.

Umwelt

Effizienter Umweltschutz statt grüner Ideologie!

Die FDP sagt Ja zum Umweltschutz. Die liberale Antwort auf Grüne Ideologien heißt nicht weniger Umweltschutz, sondern durch intelligenten Einsatz unserer Steuern, Gebühren und Beiträge und durch persönliches Engagement unser Lebensumfeld nachhaltig umweltgerecht zu erhalten bzw. zu entwickeln. Insgesamt sind die Anliegen von Ökonomie und Ökologie ausgewogen und ausgeglichen wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang muss auch die Arbeit der Landwirte anerkannt werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Die FDP will, dass Kempen als High-Tech-Standort seine Kräfte darauf konzentriert, energiewirtschaftliche Technologien zu entwickeln, auszubauen und anzuwenden.

Die FDP befürwortet sinnvolle Innovationen im Bereich alternativer Energien. Dazu gehört auch die Windkraft; dort, wo ihr Einsatz sinnvoll ist. Von den Windrädern produzierter Strom wird derzeit meist über den Strompreis der Verbraucherinnen und Verbraucher teuer finanziert. Zugleich belasten Windräder Flora, Fauna und Menschen in ihrem Umfeld. Es ist notwendig, sachgerecht zwischen Nutzen und Umwelt- und Menschenschutz abzuwägen. Dabei stehen die Lebensbedürfnisse der Menschen sowie der Landschaftsschutz im Vordergrund.

Wir fordern den verstärkten Einsatz von Geothermie. Sie ist umweltfreundlich, sauber, wirtschaftlich und zukunftsorientiert. In Zukunft wird aber auch Energieeinsparung z. B. in der Beleuchtungstechnologie (u. a. LED) zur Effizienz beitragen. Ein Kernpunkt neuer Energiekonzepte ist die Energieeinsparung durch sinnvolles Sanieren und Modernisieren. Bisher kann die Stadt aber für schon durchgeführte Sanierungen (z. B. durch das Konjunkturpaket II oder die Straßenlampensanierung) kaum Einsparergebnisse zeigen. Man weiß nicht, ob das Geld sinnvoll ausgegeben wurde. Deshalb ist ein konsequentes Verfolgen des städtischen Energieverbrauchs mindestens auf Quartalsbasis notwendig, um zeitnah auf Verbrauchsänderungen reagieren zu können.

Der Energieverbrauch der städtischen Gebäude muss zum dauerhaften Thema im Stadtrat und der Stadtverwaltung werden. Die Verbrauchszahlen müssen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um den Bürgerinnen und Bürgern Fortschritte, Stillstand und Rückschritte zu zeigen und zu erklären. Das richtige Einsparen von Energie sollte auch zum Thema an Schulen werden. Somit sollte Energie sparen in Kempen allgegenwärtig werden, die Bevölkerung mitnehmen und auch zu Eigenleistungen motivieren.

Unsere Stadt braucht klar formulierte Energieziele für die städtischen Gebäude (z.B. für den Energieverbrauch pro Einwohner). Damit das Richtige für Kempen getan wird, müssen Fachleute hinzugezogen werden, die objektiv und neutral städtische Energiestruktur analysieren.

Verkehr

Eine zufriedenstellende Verkehrssituation im Wohnumfeld ist für das Wohlbefinden der Bürger ganz entscheidend. Bereits bei der Verkehrs- und Bauleitplanung muss alles getan werden, um die zukünftigen Belastungen so gering wie möglich zu halten. Bei Quell- und Zielverkehren fordert die FDP ein Miteinander und keine Ausgrenzung einzelner Verkehrsteilnehmer. Zur Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern sind bauliche Trennungen zum motorisierten Verkehr notwendig. Striche auf der Straße täuschen Sicherheit nur vor. Der Ausbau des Radwegenetzes ist insbesondere durch Lückenschluss des bestehenden Netzes zu betreiben.

Schul- und Kindergartenwege/Verkehrsberuhigung

Die Kinder sind im Straßenverkehr - vor allem auf dem Weg zum Kindergarten oder zur Schule - vor Unfällen zu schützen. Dazu gehören auch sichere und moderne Schulbusse mit geschultem Personal.

In Wohngebieten sind in Abstimmung mit den Anwohnern "Tempo-30-Zonen" bzw. verkehrsberuhigte Zonen auszuweisen. Die FDP befürwortet auch die „Rechts vor Links“ Regelung. Allerdings gilt: Verkehrsberuhigung ja, Verkehrsverhinderung nein! Beim Einbau von Berliner Schwellen und Schikanen sind zu beachten, dass Krankenwagen in Notfällen lebensgefährdete Personen transportieren. Rettungsdienst und Feuerwehr beklagen, dass es in Kempen zu viele störende Aufbauten auf den Straßen gibt. Poller und Kübel können problematisch sein und werden von der FDP abgelehnt, wenn die Rettungsdienste nicht ausdrücklich zustimmen. Zudem ist auf eine ausreichende Fahrbahnbreite zu achten. Feuerwehr und Rettungsdienste sind daher verstärkt in die Planungen einzubeziehen wie auch der Lärminderungsplan.

Lebendige Ortskerne erhalten und fördern

Infrastrukturelle Maßnahmen müssen dem Ziel dienen, einen lebendigen Ortskern zu erhalten bzw. zu fördern. Verkehrstechnische Maßnahmen dürfen nur in Abstimmung mit den betroffenen Anliegern realisiert werden insbesondere mit dem Einzelhandel. Fußgängerzonen sollten die Ausnahme bleiben und dürfen nur mit der Zustimmung der Beteiligten eingerichtet werden. In **St. Hubert** muss ein neues **Gesamt-Verkehrskonzept** erstellt werden! Der **Marktplatz** in St. Hubert muss attraktiver gestaltet werden, ohne dass nennenswerte Parkplätze verloren gehen!

Kreisverkehre - Vorrang vor Ampelanlagen

Regional und städtisch ist beim Durchgangsverkehr für zügigen Verkehrsfluss zu sorgen. Stau ist weder ökonomisch noch anwohnerfreundlich! Kreisverkehre nehmen nicht nur besser Verkehre auf, sondern sind auch erheblich sicherer als Kreuzungen. Das Sicherheitsgebot gilt besonders für schnell befahrene Landstraßen. Minikreisverkehre sind allerdings ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll.

Kreisverkehrsbegrünung mit dezenter Werbung

Die Kreisverkehre sollen interessierten Gewerbetreibenden als dezente Werbemöglichkeit zur Verfügung gestellt werden, wenn diese die Grünflächen pflegen.

In **Tönisberg** wird in den Ortseingängen zu schnell gefahren! Wir hatten folgenden Antrag gestellt, der leider von der Verwaltung und den anderen Fraktionen im Rat abgelehnt wurde:

1. Auf der Einfahrtstraße aus Richtung Hüls könnte man eine **Plastik-Insel** installieren, damit eine **Fahrbahnverengung** gegeben ist. Eine Plastik-Insel ist relativ preiswert im Vergleich zu einer fest errichteten Verkehrsinsel. Außerdem könnte man eine solche Plastik-Insel für eine **Testphase** aufstellen und danach entscheiden, ob es dauerhafte bauliche Veränderungen geben sollte.
2. Hinter der Bushaltestelle gibt es eine Bedarfsampel, die für die Fußgänger auf Dauerrot steht und für die Autofahrer auf Dauergrün. Hier könnte man das **Dauergrün ausstellen**, damit die **Sogwirkung** auf die Autofahrer **entfällt**, die Ampel noch schnell bei Grün „erwischen“ zu können. Bei der Ampel könnte durch einen kleinen technischen Eingriff (sehr schnell und preiswert auszuführen) das Dauergrün für die Autofahrer abgestellt werden. Schon jetzt können die Fußgänger bei Bedarf ihr Dauerrot auf Grün umstellen, das sollte beibehalten werden, damit dann die Ampel für die Autofahrer Rot zeigt. Somit würden hier die Autofahrer nicht verleitet, nach der Ortseinfahrt noch mal Gas zu geben, damit die Ampel noch bei Grün durchfahren werden kann.
3. Auf der Straße aus Richtung St. Hubert (Windmühlenweg) könnte man **innerorts** nach dem Ortseingangsschild **Parkflächen** einrichten, um ein zu schnelles Einfahren in den Ort zu verhindern. Beleuchtungskörper stehen dort, somit wären die Voraussetzungen dafür gegeben.

Einführung einer Brötchentaste, damit bei kurzen Besorgungen kostenfreies Parken für die Bürger ermöglicht wird. Es ist nicht wirklich nachvollziehbar, dass jemand die volle Parkgebühr

bezahlen soll, wenn er z. B. nur mal eben Brötchen holt, eine Zeitung kauft oder etwas abzugeben hat.

ÖPNV/SPNV/Bürgerbusse

Um die Mobilität in den Randgebieten zu optimieren, sollten in der Stadt Kempen Bürgerbus-Systeme ehrenamtlich angeboten werden. Diese Verkehrskombination von Nah- und Bürgerbusverkehr könnte in der Stadt Kempen in Zeiten des demographischen Wandels und bei knapper werdenden fossilen Brennstoff-Ressourcen eine immer wichtigere Rolle spielen. Es geht nicht nur darum, schnell von A nach B zu kommen, sondern zukünftig auch darum, Bürgern und Besuchern eine optimale Erreichbarkeit, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und eine größtmögliche Flexibilität als Standortvorteil zu bieten. Die Kombination von Nah- und Bürgerbusverkehr bedeutet auch weniger Lärm und Belastung von Natur und Umwelt. Daher spricht sich die FDP für eine Förderung des ehrenamtlichen Bürgerbussystems aus. Dabei ist auch zu prüfen, ob diese Systeme auf die Ortsteile St. Hubert und Tönisberg ausgeweitet werden könnten, um weitere Randgebiete der Stadt zu erschließen.

Kultur und Freizeit

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung ist heute mehr denn je bei der Persönlichkeitsentwicklung bedeutsam, wie auch bei der Akzeptanz und dem Verständnis anderer Kulturen. Sie vermittelt Kenntnisse über die Gesellschaft und wirkt identitätsstiftend. Sie bietet darüber hinaus Zugang zu anderen Lebensweisen und Kulturen und legt den Grundstein dafür, dass Identität für jeden Menschen in einem einzigartigen Entwicklungsprozess entsteht. Sie legt den Grundstein zur Entwicklung von Schlüsselkompetenzen. Die FDP will damit die Chancen für junge Menschen - unabhängig vom familiären Umfeld - erhöhen, Zugang zu Kunst und künstlerischen Projekten zu erlangen. Künstlerisch-kulturelle Bildung ist daher verstärkt in unseren Kindergärten und Schulen zu verankern. Vor diesem Hintergrund bietet gerade die Ganztagsbetreuung enorme Chancen. Als fester Bestandteil des Ganztagsangebots kann kulturelle Bildung als maßgeblicher Impulsgeber zur dringend notwendigen Weiterentwicklung von Schulen und Kultureinrichtungen genutzt werden.

Kulturelle Angebote vor Ort

Kempen hat sowohl als Wohnort und Arbeitsplatz als auch für die Frage der Ansiedlung von Firmen (sog. weiche Standortfaktoren) durch das Angebot von Kempener Kultur wie z. B. Kempen Classic an Attraktivität gewonnen. Kempen wird mit diesen Kulturangeboten weit über seine eigenen Grenzen positiv identifiziert. Die FDP unterstützt deshalb mit allem Nachdruck diese Kultur in Kempen. Die Liberalen setzen sich für die ideelle und materielle Förderung aller künstlerischen und kulturellen Aktivitäten der Heimat-, Brauchtums-, Senioren-, Gesangs- und Kunstvereine und für die kulturellen Aktivitäten der Jugend ein.

Schutz der Kulturgüter

Kulturgüter sind Zeugen der Vergangenheit und der Gegenwart. Ihre Zerstörung ist irreparabel. Ein Teil unserer Kultur ist schon unwiederbringlich vernichtet worden. Umso sorgfältiger müssen wir heute mit den Schätzen der Vergangenheit umgehen. Soweit die Stadt die Entscheidungskompetenz hat, setzt sich die FDP mit allen Möglichkeiten für den Erhalt von Denkmälern und anderer wertvoller Kulturgüter ein. Wir Liberalen appellieren an alle privaten Eigentümer schützenswerter Gebäude, ihre wertvollen Liegenschaften zu erhalten.

Kempener Burg

Wir unterstützen die Machbarkeitsstudie für die Kurkölnische Burg. Es gibt nicht nur den baulichen Denkmalschutz, sondern auch den Bodendenkmalschutz. Das heißt, dass nicht ohne Weiteres ein eventuell benötigter Anbau erstellt werden darf. Das schränkt die Verwendung der Burg sehr ein. Schon vor Jahren haben Investoren das Konzept für ein Hotel geprüft und aufgrund des bestehenden Bodendenkmalschutzes verworfen, da sie keinen Bettentrakt anbauen durften. Daher

scheidet die Nutzung als Hotel aus. Wir sind sehr gespannt auf die Machbarkeitsstudie, die uns aufzeigen wird, welche denkbare Nutzung möglich ist. Wir wollen die Turmbesteigung für die Bevölkerung erhalten. Die Burg könnte auch touristisch attraktiver genutzt werden z. B. für Events wie „Ton und Licht“, „Heiraten in der Burg“ etc.

Tourist-Info

Wir brauchen in Kempen eine Tourist-Information, die Besucher in Kempen über Sehenswürdigkeiten und anderes informieren kann und wo Reisende auch eine Toilette aufsuchen können.

Kandidatenliste

Wahlbezirk

301/1/2/3 Schmalbroich/Unterweiden

Christopher van de Flierdt, 20
Student

christopher.vandeflierdt@fdp-kempen.de

3020 Kempen-Hagelkreuz

Maximilian Rosellen, 22
Mediengestalter, selbstst.

max.rosellen@fdp-kempen.de

3030 Kempen-Hagelkreuz

Cedric Franzes, 22
Projektmanager

cedric.franzes@fdp-kempen.de

3040 Kempen-Hagelkreuz

Jennifer Hansen, 20
Studentin

jennifer.hansen@fdp-kempen.de

3050 Kempen

Wolfgang Lochner, 62
Rechtsanwalt, selbstst.

wolfgang.lochner@fdp-kempen.de

3060 Kempen

Bernhard Lommetz, 58
Bankkaufmann, Dipl.-Ökonom

bernhard.lommetz@fdp-kempen.de

3070 Kempen

Lucie Geister, 59
Buchhalterin

lucie.geister@fdp-kempen.de

3080 Kempen

Ludwig Greven, 61
Dipl.-Ing. Maschinenbau

ludwig.greven@fdp-kempen.de

3090 Kempen

Dr. Stefan Westernacher, 43
Chemiker, Betriebsleiter

stefan.westernacher@fdp-kempen.de

3100 Kempen

Helmut Möller, 69
Dipl.-Wirtschaftsingenieur

helmut.moeller@fdp-kempen.de

3110 Kempen
Winfried Wistuba, 65
Pensionär

winfried.wistuba@fdp-kempen.de

3120 Kempen
Sven Superat, 25
Student

sven.superat@fdp-kempen.de

3130 Kempen
Barbara Tesche-Herbertz, 74
Hausfrau

barbara.tesche-herbertz@fdp-kempen.de

314/1/2 St. Hubert
Jörg Boves, 43
Landwirt, selbstst.

joerg.boves@fdp-kempen.de

3150 St. Hubert
Irene Wistuba, 63
Berufsschullehrerin

irene.wistuba@fdp-kempen.de

3160 St. Hubert
Odilo Heitzig, 35
Unternehmensberater, selbstst.

odilo.heitzig@fdp-kempen.de

3170 St. Hubert
Sandra Boves, 40
Bankkauffrau

sandra.boves@fdp-kempen.de

3180 St. Hubert
Felix Grams, 22
Student

felix.grams@fdp-kempen.de

3190 Tönisberg
Eva Michalek-Spetzius, 38
Erzieherin, Motopädin

eva_michalek-spetzius@fdp-kempen.de

3200 Tönisberg
Britta Cordes, 32
Steuerfachangestellte

britta.grundei@fdp-kempen.de